

Berliner Tageblatt

Nr. 242 (Ausgabe für Berlin)

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Krisenkomödie des Herrn Poincaré.

Heute neuer Ministerrat.

Die „Ohrfeige“ des Senats. — Der Zug der Minister ins Elisee. — Der verhinderte Triumph Deutschlands.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 25. Mai.

Die getriggerte theatralische „Kabinettskrise“ hat sich mit wunderbarer Geschwindigkeit abgepielt: Gegen 10 Uhr abends verbreitete sich das Gerücht, daß Poincaré dem Präsidenten der Republik sein Entlassungsgesuch überreicht habe, weil der Senat es abgelehnt habe, als Staatsgerichtshof über die angeklagten Kommunisten zu urteilen. Eine halbe Stunde später ergab es sich, daß dieses Gerücht der Wahrheit entsprach, aber bereits überholt war: Poincaré hatte den Rücktritt der Regierung zwar angeboten, aber auf den Wunsch des Präsidenten sein Angebot wieder zurückgezogen. Eine Stunde vor Mitternacht war also alles so, wie es vorher gewesen ist. Poincaré hatte es verstanden, durch eine geschickt inszenierte Krisenkomödie sich ein Vertrauensvotum des Präsidenten Millerand zu verschaffen und damit alle Meldungen zu widerlegen, die täglich von der wachsenden Differenz zwischen Millerand und Poincaré zu erzählen wußten. Die amtliche Note über den Vorgang, die kurz nach 10 Uhr von der Habes-Agentur verfaßt wurde, lautete: „Infolge des Beschlusses des Staatsgerichtshofes, sich in dem Prozeß gegen die wegen Gefährdung der Staatssicherheit angeklagten Kommunisten als nicht zuständig zu erklären, hat sich der Ministerpräsident mit den übrigen Mitgliedern der Regierung ins Elisee begeben und dem Präsidenten der Republik den Rücktritt des Kabinetts angeboten. Millerand hat die Demission nicht angenommen.“ Die Ereignisse hatten sich so überaus schnell entwickelt, daß erst nachdem alles vorüber war, ein Lieberblick möglich war. Bereits am Donnerstag vormittag hatte Poincaré, der über das Vorgehen des Senats, die politische Verantwortung der Kommunisten zu verhängen, unterrichtet war, mit seinem Entlassungsgesuch gehandelt, falls der Senat die ihm zugesicherte Ehre ablehne. Poincaré hatte die Überzeugung, so ungefahrlich zu sein, daß er diese Position wegen konnte. Am Nachmittag, während der Senat seine Sitzung abhielt, suchte Poincaré Gelegenheit, sich in der Kammer einen neuen Erfolg für die Ruhrpolitik zu holen. Seine Absicht war, nach den Angaben einiger unterrichteter Persönlichkeiten, nach der Antwort auf die Interpellation des Sozialisten Kuriel durch seine Anhänger den Schluss der Debatte beantragen zu lassen und damit die weitere Aussprache über die Ruhrkredite abzumischen. Die Absicht mißlang. Als nach der Rede des Ministerpräsidenten, die bei weitem nicht so wirkungsvoll gewesen ist, wie die Ruhrpresse behauptet, der Schlussantrag gestellt wurde, beschloß die Kammer, die Debatte nicht fortzusetzen. Als dann nach einer Rede des Abgeordneten Lebas der Schlussantrag noch einmal vorgebracht wurde, sorgte Lardoux dafür, daß er abgelehnt wurde. Die Erörterung über die Ruhrkredite geht heute Nachmittag weiter. Während sich aber diese Vorgänge in der Kammer abspielten, betrieb der Senat hinter verschlossenen Türen über die Frage, ob er zu der Beurteilung der Kommunisten zuständig sei oder nicht. Die Beratung dauerte 5 Stunden. Um 8 Uhr 25 Minuten wurde bekannt, daß der Senat sich mit 148 gegen 104 Stimmen unzuständig erklärte, daß heißt also, daß die radikale Erklärung gegen diesen politischen Prozeß starker gewesen war, als die Dienstwilligkeit für Poincaré. Sobald diese Entscheidung feststand, begab sich der Justizminister Colrat zum Ministerpräsidenten und stellte Poincaré sein Portfeuille zur Verfügung. Poincaré nahm diesen Rücktritt nicht an, weil er der Meinung war, daß in dieser Frage das ganze Kabinettsolidarisch sei. „Der Senat hat mir und uns allen eine Ohrfeige gegeben“, sagte Poincaré nach dem Bericht des „Echo de Paris“, „unser Würde verlangt es, daß wir dem Präsidenten der Republik sofort unseren Rücktritt vorlegen.“ Die anderen Minister wurden telefonisch zu einer Befragung gerufen. Sie waren gerade mit dem Ankleiden zu dem Diner beschäftigt, das am gleichen Abend im Elisee stattfand, und sie waren zum Teil noch in unvollkommener Toilette. Kurz nach 9 Uhr war alles beisammen. Der ganze Zug begab sich vom Quai d'Orsay ins Elisee. Millerand, der bereits telefonisch über die Absicht Poincarés unterrichtet war, empfing seinen Mitarbeiter in festlicher Kleidung, das breite, rote Band der Ehrenlegion über der Brust. Neugierig drängten sich einige der Gäste hinzu, die zu dem Festessen geladen waren. Poincaré bot die Entlassung des Kabinetts an. Millerand lehnte diese ab. Nach den Berichten der Regierungsjournale soll der Präsident gesagt haben, daß ein Rücktritt Poincarés in dieser Stunde einen Triumph für Deutschland bedeuten würde. Er weigerte sich deshalb entschieden, die Demission des Kabinetts anzunehmen und appellierte an den Patriotismus des Ministerpräsidenten. Poincaré dürfte ein Werk nicht aufgeben, das er begonnen habe, und von dessen Erfolg er, Millerand, überzeugt sei. Die Worte Millerands machten, wie es nicht anders zu erwarten war, auf Poincaré und die anderen Minister einen „hellen Eindruck“. Poincaré behielt sich die Form halber noch eine endgültige Antwort vor, bis heute. Freitag früh ein Minister in Ruhe über die geschaffene Lage beraten haben. Aber bereits jetzt wird es von seinen Vertrauten als sicher bezeichnet, daß der Ministerpräsident und die anderen Minister sich dem Wunsch des Präsidenten Millerand fügen und in Mitleiden bleiben werden. Die Regierungspresse ist über diese Aussicht sehr erfreut und preist in lauten Tönen die Opferwilligkeit und den Patriotismus Poincarés. Eine Stunde lang schien aber eine große Bangigkeit im Lager der Ruhrpolitiker geherrscht zu haben, und diese Angst ist, wie aus einigen Artikeln hervorgeht, auch jetzt noch nicht ganz ver-

schwunden; denn die Ueberraschung dieser Nacht war immerhin das erste Glanzeichen für den letzten Akt. Es kann sein, daß dieser Akt noch lange auf sich warten läßt, aber es ist das zweite Mal in drei Tagen, in der Frage der Sommerzeit und jetzt bei der Entscheidung über den Kommunistenprozeß, daß die Senatoren deutlich gegen den Willen der Regierung protestierten. Die Sommerzeit wurde trotz der Ablehnung durch die Kommunisten in der Vollversammlung angenommen, weil Poincaré in dieser politisch gänzlich gleichgültigen Angelegenheit die Vertrauensfrage stellte. Die Umwandlung in einen Staatsgerichtshof hat der Senat zurückgewiesen, obwohl ihm die Rücktrittsdrohungen des Ministerpräsidenten bekannt waren. Das sind Anzeichen einer Sinnesänderung, die Beachtung verdienen, auch wenn ihre volle Auswirkung sich erst später zeigen wird. Millerand hat mit der Ablehnung des Gesuches des tiefsten Wunsches der Nation entsprochen“, schreibt Berliner. Es wäre richtiger, zu sagen, den tiefsten Wünschen der Nationalisten. Der Präsident der Republik ist ein kluger Herr, der durchaus nicht geneigt ist, dem ehrgeizigen Poincaré einen triumphalen Abgang zu bereiten. Die Oppositionspresse nennt die ganze Demission eine Komödie. Lardoux schreibt: „Der Ministerpräsident hat seine Entlassung angeboten, aber nicht eingereicht. Die platonische Geste liegt im Charakter Poincarés. Andere Staatsmänner hätten anders gehandelt nach der Ablehnung des Senats.“

Die fünfstündige Geheimitzung des Senats.

Der Beschluß gegen Poincaré mit 248 gegen 100 Stimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 25. Mai.

Die Enklave gegen die Kommunisten, welche der Generalstaatsanwalt Descaudès im Senat verlas, war der beste Beweis dafür, daß die politischen Gründe für diesen Prozeß starker sind als die juristische Begründung. Die größte Bedeutung wird in diesem Akt der Verbindung der französischen Kommunisten mit den deutschen Kommunisten beilegt. Der Generalstaatsanwalt schildert die drei kommunistischen Organisationen Frankreichs, die nach seiner Meinung von der Sowjetregierung ihre Anweisungen erhielten: die französische kommunistische Partei, die kommunistische Jugend und die gleichfalls kommunistische Allgemeine Arbeitervereinsung. Diese Kommunisten ständen aber nicht allein unter dem Einfluß Rußlands, sondern auch Deutschlands. Der Beweis für diesen deutschen Einfluß wird darin gegeben, daß die Aktion, welche der Anklage zugrunde liegt, hauptsächlich gegen die Besetzung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes richtete. Die französischen Kommunisten hätten mit Moskau und Berlin händliche Beziehungen unterhalten und geheime Versammlungen und Konferenzen veranstaltet. Sie seien mit den russischen und deutschen Kommunisten in Elfen für vor dem Einbruch der Truppen ins Ruhrgebiet zusammengelassen. In den Versammlungen sei gegen den Vertrag von Versailles angepöbeln, die Besetzung neuer deutscher Gebiete als imperialistische Unternehmung auf scharfe beurteilt, sogar das Eingreifen der roten Armee gegen Frankreich in Aussicht gestellt worden. Andere Versammlungen gleicher Art hätten in Frankfurt a. M., Stuttgart, Hamburg und Köln stattgefunden, an welchen sämtliche Angeklagten teilgenommen. Weiter sei der Widerstand gegen Frankreich gepredigt, der Generalstreik angekündigt und der Widerstand des deutschen Proletariats gegen die militärische Aktion angekündigt worden. Der Generalstaatsanwalt erludte den Senat, anzuordnen, daß die Unterordnung gegen die Angeklagten eingeleitet wird, wenn nötig, verurteilt und die bisher getroffenen Anordnungen des Gerichts in Kraft bleiben sollten. Nach Verlesung der Anklage, die fast zwei Stunden dauerte, zogen sich der Generalstaatsanwalt und sein Sekretär zurück. Die Tribünen wurden geräumt und hinter geschlossenen Türen fand die Beratung des Senats über die Zuständigkeit statt. Die sehr lebhaft geführte Debatte, die sich überdies darüber, ob der Senat verfassungsgemäß überhaupt in der Lage sei, den Prozeß zu übernehmen, die Unterordnung einzuleiten. Diese Frage wurde einstimmig bejaht, doch hatten sich die Senatoren darüber zu entscheiden, ob sie erst die weitere Unterordnung abwarten oder sogleich einen Beschluß fassen sollten. Mit 143 gegen 121 Stimmen wurde bestimmt, daß sofort ein Beschluß gefaßt werden müsse. Jetzt begann eine scharfe Debatte, in der der besonders der Senator de Moncaup stark hervorgetreten sei. Schließlich erklärte der Senat durch namentliche Abstimmung seine Unzuständigkeit. Von 280 Senatoren stimmten 148 gegen und 100 für die Zuständigkeit. 32 Mitglieder des Senats enthielten sich der Stimme. Um 9 Uhr 35 Minuten wurden die Türen des Sitzungssaales wieder geöffnet. Aber es war kein Publikum mehr zugegen. Im leeren Saal verknüpfte der Vorsitzende den beiden Vertretern des Gerichts den Beschluß des Senats. Vor dem Senatgebäude gab es eine kommunistische Versammlung, die aber von der in großer Zahl aufgetretenen Polizei ohne Mißbrauch zurückgewiesen wurde. Neben der Wirkung des Senatsbeschlusses auf den Ministerpräsidenten wurde dem Senat kurz nach 11 Uhr Mitteilung gemacht. Darüber wird berichtet: Die Senatoren, die noch versammelt waren, zeigten sich aus tiefster Bewegung. Man wollte es nicht glauben, daß die Regierung ihr Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Man erklärte sich diese Tatsache in der ersten Ueberraschung nicht durch die Entscheidung des Senats, sondern durch einen übereilten Beschluß der Kammer. Als die Wahrheit bekannt wurde, protestierten die Senatoren gegen die Auslegung, daß sich ihr Beschluß gegen das Kabinettsgeheimnis gehandelt habe, und sie sprachen die Erwartung aus, daß der Ministerpräsident eine Erklärung abgeben möge, damit sie ihm ihr volles Vertrauen aussprechen könnten.

Die Drahtzieher des Putzches im Ruhrgebiet.

Die ablehnende Haltung der Kommunistischen Partei. — Französische Agenten. — Woher stammen die Waffen? — Herrn Poincarés Doppelspiel.

Von

Erich Dombrowski.

Die Unruhen im Ruhrgebiet flackerten Anfang dieser Woche ganz plötzlich auf. Allen unermutet. Der äußere Anlaß waren in Dortmund, wo die Bewegung einsetzte, Lohnforderungen, die den Bergarbeitern von den Sechen nicht ohne weiteres bewilligt wurden. Nicht zuletzt deshalb, weil die gewerkschaftlichen Organisationen nicht dahinter standen. Wilde Streiks auf einzelnen Sechen legten ein. Straßenkumgebungen folgten. Der Mob gefielte sich zu. Unruhen kamen vor. Agitatoren verführten aus diesem lokalen Wirrwarr einen Generalstreik für das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet zu machen. Vergebens. Die familiären Gewerkschaften wandten sich dagegen. Trotzdem griffen die Unruhen auf Gelsenkirchen über und nahmen hier einen recht gefährlichen Charakter an. Straßenkämpfe entwickelten sich. Das Polizeipräsidium wurde gestürmt. Die Alten wurden verbannt. Proletarische Hundertschaften marschierten auf und nahmen, nachdem die Feuerwehr in die Mäntel geschlagen war, den Schutz der Stadt in die Hand. Oder, was man so darunter versteht. Das ist die Situation. Man sitzt auf einem Pulverfaß. Ist ein weiteres Umlaufgreifen des Brandes zu befürchten? Die Antwort darauf gibt auch interessante Aufschlüsse über die eigentlichen Urheber dieses Putzches.

Lag hier ein kommunistischer Plan vor? Ein überlegtes Mandat? Eine Generalprobe für kommende Dinge? Sehr vieles spricht dagegen. Innerhalb der kommunistischen Partei haben seit dem mitteldeutschen Märzputz des Jahres 1921 schwere Differenzen bestanden. Damals, nach dem Wählenden des Aufstandes, schickte die Intelligenz aus dem Reihes des Kommunismus. Viele Arbeiter folgten, angewidert, diesem Schritt. Trotz dieser Generalreinigung schwelten die Meinungsverschiedenheiten weiter. Der Bruderkrieg nahm kein Ende. Erst in den letzten Wochen hat man einen Strich unter all den Parteihader gemacht. Die kommunistische Exekutive in Moskau wurde als Schlichtsrichter angerufen, und vor ihr errichten eine deutsche Delegation der Parteitagsmehrheit und der Opposition. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in einer ellenlangen Entschlüsselung festgelegt. Uns interessieren in diesem Zusammenhang nur die Differenzen, die über die Ruhrfrage entstanden waren. Auf dem kommunistischen Parteitag im Februar hatte die Opposition, die von Ruth Fischer und Mahlow geführt wurde, eine revolutionäre Aktion an der Ruhr gefordert. Die Mehrheit: die Brandier, Kestlin, Stöcker und Genossen widerstehen sich dem. Dennoch hörte die Diskussion über diesen Streitpunkt in der Presse und in den Versammlungen nicht auf. Jetzt aber hat Moskau gesprochen und in der ersten Mainwoge befreit: „Solange keine Anzeichen der massenhaften Forderung unter den französischen Besatzungstruppen vorhanden sind, würde der Versuch einer Besetzung der Fabriken dazu führen, daß das Proletariat, angewiesen auf die französischen Besatzungsbehörden, ihnen die Kohle liefern müßte. Daraufhin könnte der französische Imperialismus, mit diesem Trumpf in der Hand, leichter ein Abkommen mit dem deutschen Imperialismus schließen. Die deutsche Bourgeoisie würde dann alle Exzessionen des entseelten Nationalismus auf die kommunistische Arbeiterkraft niederfallen lassen. In dieser Situation würde jede Propaganda für die Besetzung der Fabriken zu Verurteilungen der praktischen Besetzung führen und mit der Niederlage der Partei enden. Angesichts dieser Tatsache kann die kommunistische Partei erst dann zu einer solchen Propaganda schreiten, wenn sich die Anzeichen mehrten, daß die Lage in Deutschland und Frankreich sich allgemein revolutionär zuspitzt.“ Dementsprechend hat die „rote Fahne“, das Zentralorgan der Partei, zwar, anfänglich etwas unsicher in ihrem Verhalten, zu dem Vorgehen der radikalen Arbeiterkraft im Ruhrgebiet Beifall geflößt, sich dann aber sehr rasch entschlossen, abzuwiegeln und ihre Parteigenossen vor unüberlegten Unternehmungen zu warnen. Es sei, erklärt sie, ein Wahnsinn, sich ohne Waffen in besetzte Kämpfe zu stürzen. Die Proletarier sollten ruhig Blut bewahren und sich vor Provokationen hüten. Mit anderen Worten: Die kommunistische Partei hat kein Interesse an dem Putzch und möchte ihn lieber heute als morgen beenden.

Wer steht aber denn dahinter, wenn weder die russische Exekutive, noch die deutsche Parteileitung der Kommunisten etwas von den Unruhen an der Ruhr wissen will? Alles spricht dafür, daß hier dunkle Kräfte am Werke sind. Kräfte, die sich die augenblickliche Zustimmung über die sprunghafte Verteuerung der Lebensmittel zunutze zu machen versuchen und den psychologischen Augenblick für gekommen erachten, die deutsche Abwehrfront im neubefestigten Gebiet und darüber hinaus, in ganz Deutschland, durch einige soziale Explosionen zu zertrümmern. Kein Zweifel, daß französische Agenten, genau so wie bei dem mißlungenen Putz der Emee-Anhänger in Trier, auch hier ihre Hände im Spiele haben, um revolutionäre Sprengbomben zu legen. Nachdem die Fronten des ganzen Ruhrgebiet mit Gewalt der staatlichen und kommunalen Schutzpolizei entblößt hatten, war es an sich schon schlimm um die Sicherheit dieses menschenwimmels Landes bestellt. Die Feuerwehr wurde zum Sicherheitsdienst herangezogen, und die Bürgerwehr stellte einen, wenn auch nur notdürftigen zivilen Schutz auf. Bei irgendwelchen größeren Anlässen müßten diese Vorsehrun-